

Herborner Tageblatt.



Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Bed'sche Buchdruckerei
Dito Bed.

Inserate: Kleine Pettizeile 20 Bsp.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 89.

Mittwoch, den 17. April 1918.

75. Jahrgang.

Die Höhen von Wntschaeete gestürmt. Bailleul genommen.

Wilson zählt.

Während Frankreich seine letzten Reserven aufbietet, um die furchtbaren Mannschftsverluste an der Vos und an der Somme, an der Aise und an der Aisne zu ersetzen, während die britische Führung kaum halbwegsgebildete Rekruten an die Schlachtfrent wirft, um den deutschen Sturmern wenigstens noch einigen Widerstand entgegenzusetzen zu können, läßt Herr Wilson die Parlamentsmühle in Washington klappern. Seine Verbündeten sollen wissen und erfahren, daß er auch noch da ist, daß er nicht bloß Ermunterungstelegramme an andere Staatslenker abschicken kann, denen es schlecht geht? Und was liegt der amerikanischen Regierung näher als mit dem großen Geldbeutel zu winken, dessen Überlegenheit vor allen andern Kriegsschätzen der Westmächte über jeden Zweifel erhaben ist! Also wird der französische Staatsbank wieder einmal ein netter kleiner Vorstoß von 125 Millionen Dollar überwiesen. Damit hat die Gesamtverschuldung der Republik an die Vereinigten Staaten zwar bereits die Höhe von 1665 Millionen Dollar erreicht — jeder ordentliche Finanzverwalter würde erblassen im Angesicht solcher Zahlen und der ungeheuren Verpflichtungen, die sie bedeuten. Aber der Krieg hat alle Maßstäbe verschoben, namentlich in Frankreich, wo die Milliardenverluste an den ehemaligen russischen Bundesgenossen ohnedies eine gewisse Gegenstimme in finanziellen Dingen erzeugt zu haben scheint. Warum nicht Geld nehmen, wo man es kriegen kann? Wer braucht sich heute um die Einlösung von Zahlungsverbindlichkeiten nach dem Kriege den Kopf zu zerbrechen? Die Hauptsache ist, daß es Geldmänner gibt, die den Glauben an Frankreichs Stern noch nicht verloren haben. Und wenn auch die Vereinigten Staaten den Hinstuf für ihre Vorschüsse an Frankreich „mit Rücksicht auf ihre eigenen stets steigenden Geldbedürfnisse“ von 4% auf 5% erhöht haben, so lohnt es sich heutzutage wirklich nicht, an solchen Kleinigkeiten auch nur den geringsten Anstoß zu nehmen. Wie die Schlussabrechnung aussehen wird, kann doch ohnedies vorläufig kein Mensch wissen.

Aber mit Vorschüssen allein will Wilson es nicht beenden lassen. Er hat dem Kongress auch eine besondere Vorlage unterbreitet, wonach Frankreich und anderer Länder Vergütung für jeden durch Maßnahmen des amerikanischen Militärs verursachten Schadens zugesagt wird. Das Repräsentantenhaus hat dieser Forderung bereitwillig zugestimmt, und jetzt hat auch der Senat seinen Segen dazu gegeben. Also wenigstens ein metallischer Trost für das Ausbleiben jeder wirklich durchgreifenden amerikanischen Hilfe, die doch für dieses Jahr mit voller Sicherheit in Aussicht gestellt war. Wir wissen, daß sogar unsere Oberste Seeresleitung mit ihr in bestimmten Grenzen ernsthaft gerechnet hat. Vorforschlich wie sie ist, hat sie deshalb bereits im vorigen Herbst die italienischen Reiben gründlich gelichtet und danach dem russischen Kriegsschiff ein Ende gemacht; so daß der erwartete Nachschub unserer Feinde von jenseits des Großen Ozeans ebenfalls einen Erlaß für die Verluste des Jahres 1917, keineswegs aber eine Steigerung ihrer Kampfkraft über das schon damals erreichte Maß hinaus bringen konnte. Bis jetzt, können wir sagen, sind die amerikanischen Unterstützungen hinter diesen Schattungen weit zurückgeblieben. Ob man drüber nicht mehr leisten konnte, oder ob es an dem guten Willen dazu gefehlt hat, das mögen die Herrschaften untereinander ausmachen. Uns genügt die Feststellung, daß die deutsche Seeresleitung sich höchstens zu unseren Wünschen über die militärische Bedeutung der amerikanischen Kriegserklärung gekümmert hat. Was in diesem Jahre nicht erreicht wird, dafür ist der richtige Zeitpunkt unwiederbringlich verpaßt. Die Amerikaner lieben es, erst einmal hinter der Front mit aller Gründlichkeit sich einzurichten; so haben sie sich auch in Frankreich eine allen Forderungen moderner Kriegsführung angepaßte Operationsbasis geschaffen, und was ihre technischen Truppen in dieser Beziehung geleistet haben, soll in der Tat auch sehr weitgehenden Ansprüchen genügen. Aber damit ist natürlich kostbare Zeit verlorengegangen. Inzwischen wird General Pershing sich wohl schon davon überzeugt haben, daß unser Dindenburg rücksichtslos genug ist, die Bollwerke der amerikanischen Vorbereitungen nicht abzuwarten. So wird, was Amerika an Kampftruppen zur Stelle hat, in die französische Niederlage mit hineingezogen, und was dann mit den weiteren Mannschaften geschehen soll, die doch immer nur tropfenweise nach Europa hinübergeschafft werden können, das wissen die Götter.

Also wird man sie wohl lieber im sicheren Hafen zurückhalten. Dafür bietet Herr Wilson seine Schatz-

wechsel mit großmütiger Handbewegung dar. Nun ja, die Franzosen werden sie nicht zurückweisen. Aber daß sie diesen sonderbaren Kriegsgenossen um deswillen als gleichwertig anerkennen werden, ist schwerlich zu glauben. Der Dollarsoll ist es, der im Krieg entscheidet, und nicht der Dollar.

Kaiser Wilhelm an Livland und Estland.

Berlin, 16. April.

Der Kaiser hat an den Vorsitzenden des gemeinsamen Landesrats in Riga, Landesmarschall Pilars, folgende Drahtung gerichtet:

„Der Mir in so herzlicher Weise dargebrachte Dank des Landesrates von Livland, Estland, Riga und Cesis für die Befreiung der alten Ordenslande von ihrer Bedrückung hat Mich tief gerührt. Ich danke Gott von Herzen, daß er Mich und Meine Armeen das Werkzeug für diese Befreiung hat sein lassen und Mir die Möglichkeit gegeben hat, die Zukunft der alten, durch deutsche Arbeit geschaffenen Lande auf eine sichere Grundlage zu stellen. Die Bitte des Landesrates um Anschluß an das Deutsche Reich unter Meinem Protektor wird mit Wohlwollen geprüft werden. Ich nehme sie als ein Zeichen des Vertrauens zu Meiner Person und Meinem Hause und Deutschlands Zukunft und überreche dem Landesrat Meinen kaiserlichen Dank dafür aus.“

Es war voraussehen, daß der Monarch der Bitte des Landesrates in Riga nicht ohne weiteres zustimmen würde. Die Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich wird an den zuständigen Stellen geprüft werden. Es ist aber wohl kaum ein Zweifel, daß sie in zustimmendem Sinne entschieden werden wird.

Auf eine Guldigungsbescheide des estländischen Landtages hat Kaiser Wilhelm in einem Telegramm geantwortet, in dem es u. a. heißt: „Möchten jetzt Ruhe und Sicherheit im Lande einkehren, damit unter dem Schutze des Deutschen Reiches deutsche Art und deutsche Arbeit sich ungehindert zu hoher Blüte entfalten können.“

Irlands Widerstand gegen die Wehrpflicht.

Drohende Kabinetskrise in England.

Die im Ministerium sitzenden Mitglieder der Arbeiterpartei hatten mit Lloyd George eine Unterredung über die Selbstverwaltung und die Einführung der Dienstpflicht in Irland. Die Minister setzten sich nach Kräften dafür ein, daß Irland die Selbstverwaltung gewährt werde, bevor die Dienstpflicht, der sie übrigens nicht entgegenstehen, dort eingeführt wird.

Durch diese von Reuters verbreitete Meldung wird das Gerücht bestätigt, daß die Arbeitsminister zum Austritt aus dem Kabinett entschlossen sind, wenn Irland die Dienstpflicht ohne Gewährung der Selbstverwaltung anzuzeigen wird. Der Austritt der Arbeitsminister würde aber Lloyd George der letzten Fühlung mit den Arbeitermassen berauben — er würde sich vor unüberwindbaren Schwierigkeiten sehen!

„Lieber in Irland als in Flandern sterben!“

Der Sinnfeiner-Führer Devalora sagte in einer Rede in Lissabon, in der er die von einem Teil der englischen Presse empfohlenen Zwangsmaßnahmen gegen Irland kritisierte, Irland höre nicht zum ersten Male die Mahnung, daß die Engländer nicht zögern sollten, zu schießen. Er widerwies, daß Irland Gott sei Dank Männer besitze, die verstanden, darauf zu antworten und dieses Spiel des Schießens zu zweien zu spielen. Es gäbe nur einen Weg, die Einführung der Militärdienstpflicht zu Fall zu bringen. Die Irländer könnten nur einmal sterben, und es wäre besser, dabei in Irland als in Flandern durch Deutsche oder von den Deutschen erbeutete britische Kanonen den Tod zu erleiden. Das irische Volk müßte wie ein Mann aufstehen und jeden Versuch der Einführung der Dienstpflicht bis zum Tode Widerstand leisten.

England beginnt zu bereuen.

Durch die drohende Unruhe in Irland ist die öffentliche Meinung in England außerordentlich beunruhigt. Die Unruhe wird verstärkt durch die amerikanischen Stimmen, die fast durchweg der Einführung der Dienstpflicht in Irland heftig widersprechen. Die Verwirrung der Lage ringt ein Artikel der „Daily News“ zum Ausdruck, in dem es heißt: „In Irland ist man bereit, der Rekrutenabhebung durch eine fremde Macht (!) äußersten Widerstand zu leisten. Es werden sich nicht nur die Männer,

ondern auch die Frauen bis zum Tode widersetzen. Dies ist die wohlwollende Ansicht von Leuten, die Irland genau kennen. In dieser Frage sind Verhandlungen unmöglich. Die Annahme, daß die Wehrpflicht als Preis für die Selbstverwaltung hingenommen werden würde, verrät eine o flägliche Ahnungslosigkeit gegenüber den Stimmungen in Irland, daß es unmöglich ist, sich mit jenen Staatsmännern auseinanderzusetzen, die ernstlich daran glauben, die allgemeine Wehrpflicht könnte nur als freie Maßnahme einer freien autonomen Gesetzgebung durchdringen. Anderseits kann England natürlich eine Armee nach Irland entsenden, um eine Division halten zu lassen. Man wird sie im den Preis von sehr bedauernden Vorfällen erhalten, und Amerika wird Zeuge dieser Vorfälle sein.“

Gleichwohl muß England — nun einmal auf der tiefen Bahn — Männer für die Front haben. Und wie es jetzt, um 10 000 Mann zu bekommen, die Russen wieder ins Meer steckt, so wird es auch mit Gewalt die Irländer um Dienst pressen — wenn nicht die Entwicklung der Dinge stärker ist, als der Wille der englischen Macht aber.

Der Krieg.

Die zweite Stellung der Engländer.

Berlin, 16. April. Nach einer Savasmeldung müssen die Engländer an der Vos infolge des starken Druckes zurückgehen. Sie befänden aber noch eine zweite starke Stellung, die sie allerdings noch nicht erreicht hätten.

Welche Reserven sollen helfen?

Englands öffentliche Meinung ist über die Erfolge der deutschen Offensive sehr bestürzt. Mit so schneller Fortschritten hatte man nicht gerechnet. Allgemeinen Erachtens konnten die gewaltigen Niederlagen vermieden werden, wenn die englische Führung nicht gänzlich versagt hätte. Die Engländer zeigen sich selbst einer maßlosen Unterschätzung der Deutschen. Burszeit glaubt der größte Teil des Volkes an keinen Sieg der Waffen und hält ein Weiterkämpfen schon wegen der zunehmenden Lebensmittelsknappheit für zwecklos. Englands einzige Hoffnung sind die französischen Reserven, deren Einsatz das englische Heer vor weiteren Niederlagen schützen müsse. — Im Gegenlag dazu erklären die französischen Blätter einmütig, Englands Reserven müßten jetzt reiflos eingesetzt werden, denn eine Bedrohung von Paris sei für England ebenso gefährlich als eine Bedrohung Londons. So weit ist es mit den Verbündeten gekommen.

Luftangriffe auf die Heimat.

Im Monat März.

Berlin, 16. April.

Der Gegner bemühte die im März besonders günstige Wetterlage zu 12 größeren Angriffen auf das lothringische luxemburgische Industriegebiet und 11 Angriffen gegen die Städte Mainz, Unterfrankheim und Cannstatt, Coblenz, Freiburg i. Br., Zweibrücken, Kaiserlautern, Mannheim, Ludwigshafen, Köln sowie einige Städtchen in der Pfalz und im Rheinland. Trotz des Einsatzes starker Geschwader erzielten die Angriffe keinerlei militärischen Erfolg.

Bei den Angriffen auf das Industriegebiet an der Saar und an der Mosel fanden Betriebsstörungen vor, irgendwelchem Belang nicht statt; auch der in der Nacht vom 24./25. 3. mit einem Aufgebot von 50 bis 60 Flugzeugen unternommene Angriff blieb völlig wirkungslos. Ebenso ergebnislos war der Angriff auf die badische Anilin- und Sodafabrik bei Mannheim-Ludwigshafen am 18. 3. Der einzige militärische Schaden, den die Angriffe anrichteten, war das Inbrandgehen einiger Wagen mit Benzol. An nichtmilitärischen Gebäuden wurde überall einiger Sachschaden angerichtet. Bei dem Angriff auf Freiburg am 18. 3. wurden außer mehreren Privathäusern die Martinskirche und ein Krankenhaus erheblich beschädigt. Den Angriffen auf das Saargebiet fielen 6 Tote, 4 Schwere und 11 Leichtverletzte zum Opfer. Die Verluste bei den Angriffen auf die oben genannten offenen Städte waren hauptsächlich infolge des unvorsichtigen Verhaltens eines Teils der Bevölkerung höher als in den Vormonaten: sie betrugen insgesamt 23 Tote, 22 Schwere und 36 Leichtverwundete. Der Feind übte diese Angriffe mit einem Verlust von 8 Flugzeugen.

Vom letzten Luftangriff auf Paris.

Saar, 16. April. Nachrichten aus Paris zufolge wurde beim letzten Luftangriff die Hauptkathedrale dadurch herbeigeführt, daß eine Granate auf einer belebten Straße in die Gasleitung schlug und eine furchtbare Explosion verursachte.

Höchste Zeit!!!

noch erhöhen können, diese Gelegenheit nicht verpassen, kommen noch viele Millionen zusammen. Gerade diese letzten Millionen vollenden erst den großen Erfolg, den wir brauchen. Also — zeichne, zeichne heute,

Am Donnerstag mittag wird die Kriegsangeifezeichnung geschossen. Wenn alle, die noch nicht gezeichnet haben oder die ihre Zeichnung

zeichne sofort!

Die Schulkinder verlassen Paris.

Stockholm, 16. April. „Aftonbladet“ meldet aus Paris, daß wöchentlich drei Bände mit je 1000 Schulkindern aus Paris nach der Bretagne befördert werden, da die Besetzung der Stadt immer enger werde.

Der Krieg zur See.

Der deutsche U-Bootkrieg.

16 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 16. April. Amtlich wird gemeldet: Durch unsere U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum 16 000 Br.-Reg.-Tz. feindlichen Handelschiffsräumtes versenkt.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Was man von amtlichen englischen Erklärungen über die durch den U-Boot-Krieg geschaffene wirtschaftliche Notlage zu halten hat, erhellt aus folgenden sich stark widersprechenden Behauptungen des Ersten Vords der Admiralität Sir Eric Geddes und seines Bruders Sir Auckland Geddes. Ersterer sagte wörtlich am 5. März im Parlament über den Schiffsbau: Wir waren berechtigt einer stetigen großen Vermehrung der Schiffbauindustrie entgegen zu sehen. Leute, Material und Leistungsfähigkeit, alles war vorhanden. Ernstliche Abfälle der Neubauten lassen sich nur durch Unruhen unter den Arbeitern erklären. — Demgegenüber heißt es in der eine Woche zuvor gehaltenen Rede des Hilfsdienstministers Sir Auckland Geddes, der „Times“ vom 15. Februar zufolge: Eine Folge der Verzögerung bei der Herbeischaffung von Material aus Amerika besteht darin, daß die Herstellung herabgesetzt werden muß und daß weniger Männer und Frauen Beschäftigung finden, da ein gewisser Ueberschuß an Arbeitskräften in den Fabriken entstehen wird. Der eine der Gebrüder Geddes behauptet also, daß Rohstoffe in genügender Menge vorhanden wären, der andere behauptet das Gegenteil. Eines von beiden kann nur wahr sein; wer sagt?

Kleine Kriegspost.

Rotterdam, 16. April. Der englische Ministerrat hat die Einbringung eines neuen Kriegskredits von 500 Millionen Pfund (10 Milliarden Mark) beschlossen.

Vern, 16. April. Nach Meldung des „Corriere della Sera“ tritt in Italien laut Regierungsbericht zu den beiden fleischlosen Tagen in der Woche ein dritter hinzu.

Nürnberg, 16. April. Nach italienischen Blättern hat die griechische Regierung bis jetzt 250 000 Mann mobilisiert, die unter Leitung französischer Offiziere ausgebildet werden sollen.

Lugano, 16. April. Auf Veranlassung der italienischen Regierung organisieren die politischen und wirtschaftlichen Vereinigungen eine allgemeine Biotomobilisation aller Nichtmilitärdienstpflichtiger, um den Ausfall an Arbeitskräften zu decken.

Vom Tage.

Das gleiche Wahlrecht wird abgelehnt.

Köln, 16. April. Die Wahlrechtsvorlage, die am 30. April im Plenum des Abgeordnetenhauses zur zweiten Lesung kommt, wird, wie die königliche Volkszeitung mitteilt, abgelehnt werden, da sich die übergrößen Mehrheit der Freikonservativen und ein großer Teil der Nationalliberalen zu einem Kartell zur Ablehnung der Vorlage, ohne Rücksicht auf die zu erwartenden Folgen, zusammengeschlossen hätten.

Die Reform des diplomatischen Dienstes.

Berlin, 16. April. Wie in Reichstagskreisen verlautet, werden die Nationalliberalen die Einsetzung einer Kommission, die die Reform des diplomatischen Dienstes in grundlegender Weise nachprüfen soll, beantragen.

Ribot will sprechen.

Genf, 16. April. In der übermorgigen Sitzung der parlamentarischen Ausschüsse des Auswärtigen und des Heeres in Paris wird Ribot über besonders wichtige Ereignisse während seiner Ministerzeit sprechen.

Die Schatten leben...

Roman von Otto Gister.

16. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Einen Augenblick sah die Majorin ihren Sohn erstarren, dann glitt ein feines Lächeln über ihr hübsches Matronenantlitz. Dann legte sie die Hand auf den Arm ihres Sohnes und sagte:

„Habe Vertrauen zu mir, mein Junge. Was ist's mit dieser Anna Menzing? Du sagst, du habest sie herzlich lieb gewonnen — wie soll ich das verstehen? Liebst du das Mädchen?“

Da sprang er auf. „Ja, Mutter, ich liebe sie und kann mir ein Leben ohne sie nicht mehr denken!“

Wieder huschte das Lächeln über ihr Gesicht. „Mein großer, gelehrter Sohn ist doch noch ein rechtes Kind. Wenn du Anna Menzing liebst und sie erwidert deine Zuneigung, dann haben wir ja hier den Ausweg...“

„Ich verstehe dich nicht.“

„Wenn zwei Menschen, ein Mann und ein Mädchen, sich lieben, dann wollen sie sich heiraten“, fuhr die Majorin lächelnd fort. „Und dann ist es in den meisten Fällen — wenigstens unter ehrenhaften Eheleuten — gleichgültig, ob dieser oder jener Teil Vermögen besitzt, es gehört ihnen beiden gemeinsam.“

„Du könntest recht haben“, unterbrach sie Adalbert, „wenn hier die Sache nicht so verwickelt läge.“

„Ich sehe keine unlösliche Verwickelung. Ich gestehe dir freilich, daß ich mir für meinen Sohn eine andere Partie gewünscht hätte, als dieses Mädchen immerhin zweifelhafter Herkunft, aber wenn du mir erklärst, daß du Anna Menzing liebst, daß du nur mit ihr glücklich werden kannst, so bin ich's zufrieden, zumal du mir früher schon das Mädchen in dem günstigsten Lichte geschildert hast.“

„Ich danke dir für deine gütigen Worte, liebste Mama, die mich wahrhaft beglückt haben würden, wenn nicht dieses Testament der Tante Polyzana wäre...“

„Aber, Adalbert...“

„Ja, Mama, siehst du denn gar nicht ein, daß ich unter diesen Umständen nicht um Anna werben kann?“

„Anna ist jetzt eine reiche Erbin — ich muß ihr nach

Aufklärung erbeten.

Wien, 16. April. Im kriegswirtschaftlichen Ausschuss brachte der Abgeordnete Langenhan den Rücktritt Gaernins zur Sprache und sagte, eine schnelle Aufklärung all der dunklen und widersprüchlichen Ereignisse der letzten Tage ist unbedingt dringend notwendig.

Gzernin und der rumänische Friedensvertrag.

Wien, 16. April. Blättermeldungen zufolge wird sich Graf Gaernin zur Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht mehr nach Bukarest begeben. Eine Verzögerung in der Unterzeichnung des Vertrages wird aber nicht eintreten.

Wahlrechtskompromiß in Ungarn.

Budapest, 16. April. In der Wahlrechtsfrage dürfte es allem Anschein nach zu einem Kompromiß kommen, und zwar in der Weise, daß ein Teil der Regierung zurücktritt. Besterle aber mit der Umgestaltung des Kabinetts betraut wird.

Die Milliarde

Das merkwürdige Große, Riesenhafte in seinen Ausmaßen und Zahlen ist an diesem Völkerkrieg das Eypische. Und so hat er auch an die Geldkraft der Nation Anforderungen gestellt, bei denen die Riesensumme einer Milliarde die rechnende Ziffer wurde. Für das deutsche Volk bleibt es ein Ruhmesblatt seiner Geschichte, daß es auf Greys Drohung mit den „silbernen Kugeln“ eine Antwort zu geben vermochte, die alle Welt in Erstaunen versetzte vor der unerhörten finanziellen Leistungsfähigkeit des deutschen Reiches. Die ungeheure Ziffer von mehr als 72 Milliarden brachte die Mobilisierung deutscher Finanzkraft in der Riesenarbeit von sieben großen Reichs-Anleihen. Der Opfermut, der hier so wunderbar bewiesen wurde, muß sich auch bei der neuen Kriegs-Anleihe wiederum glänzend bewähren und dem Vaterlande neue Milliarden geben, auf daß es bis zu Ende den schweren Kampf in Ehren bestreite.

Italiens Aschenbrödelrosie im Verband.

Lugano, 16. April. Eine Neuzugung des italienischen Schatzministers Ritti zu dem englischen Journalisten Ward Price wird in politischen Kreisen als „letzte Warnung Italiens an die Entente“ aufgefaßt. Ritti hatte erklärt, Italien bringe die größten Opfer für die Sache der Alliierten, größere als irgend ein anderer Bundesgenosse. Dagegen werde Italien von der Entente vielmal schlechter versorgt als Frankreich, namentlich was Lebensmittel und Kohlen anbelangt. Italien stünde jetzt vor der Frage: Leben oder Sterben. In italienischen politischen Kreisen meint man, wenn dem Lande nicht bald Hilfstruppen, Lebensmittel und Kohlen ausreichend geliefert würden, so könnte Italien gezwungen werden, mit dem Feinde Verhandlungen anzubahnen.

General Schuch: Es ist nicht wahr, daß die Gewerkschaften in Oberdorf mit der Produktionsminderung gedroht hat. Wenn Herr Henke am Schluss seiner Rede mit den Streik gedroht hat, wird er uns auf dem Posten finden, wo bisher. (Beifall bei der Mehrheit.)

Im Verlauf der weiteren Aussprache behauptete Abg. Roske (Soz.) unter anderem, die Senjur versuche jedoch einen neuen großen Skandal zu verwickeln: die Strafverfolgung der Mannesmann-Werke und anderer rheinischer Werke wegen Steuerhinterziehung und Bestechung von Heeresangehörigen.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Hausmann (Sp.) wird die Entschließung des Ausschusses angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 8 Uhr.

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Deutscher Reichstag.

(146. Sitzung.)

CB. Berlin, 16. April.

Das Haus ist bei der Wieder-Öffnung der Arbeiten ziemlich gut gefüllt. Eingegangen sind die neuen Steuer-

Vorlagen. Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung mit Worten des Dankes für die treuen Vaterlandsverteidiger, die den schweren Kampf im Westen durchführten. Zur Beratung stehen zunächst eine große Zahl.

Keiner Anfragen.

Abg. Hegter (Sp.) weist auf die Schädigung der Nordseefischereigemeinden hin. Unterstaatssekretär Lewald antwortet, daß hier die einzelnen Bundesstaaten eingreifen müßten. Abg. Graf Westarp (Kons.) fragt nach der notwendigen Bereitstellung menschlicher und tierischer Arbeitskräfte für die landwirtschaftlichen Frühjahrsarbeiten. Oberst v. Braun erklärt, das Kriegsamt habe für die rechtzeitige Bereitstellung durch Beurteilung und Zurechtstellung schon vorgesorgt. Abg. Wed. (Soz.) regt Abmachungen zur Schonung offener Städte beim Aufmarsch an. Ein Regierungsvertreter legt eine Anfrage des Feindes in dieser Richtung vor, die bisher nicht eingegangen, wenn sie eingeht, würde sie geprüft werden. Ein eifässlicher Abgeordneter bedauert sich über den antilegionären Film „Der Antiquar von Strohburg“. Ein Vertreter des Kriegsministeriums bestreitet, daß Bedenken gegen den Film erhoben werden könnten. Der neu gewählte Zentrumabg. Greber wünscht reichsgezügliche Regelung des Schadenersatzes für Fliegerbeschädigungen. Die Regierung antwortet, beratige Maßnahmen seien bereits vorgelegen, so daß eine Neuregelung nicht notwendig sei. Nun folgt die Weiterberatung der Anfrage auf Überwachung der Seereschiffe. d. h. die an den

Fall der Daimler-Werke.

Abg. Reimann (natl.) erklärt den Fall Daimler für bedauerlich. Er dürfe aber nicht verallgemeinert werden. Von einer allgemeinen Überzeugung des Reiches könne nicht die Rede sein. Wenn der Friede kommt, werden die Werke von selbst sinken, eine künstliche Preisregulierung sei nicht möglich. Bei der künftigen Preisgestaltung sollten auch die Organisationskosten des Handels usw. gehört werden.

Abg. Schiele (Kons.) legt ebenfalls Verwahrung gegen die Verallgemeinerung ein. Untere Industrie hat Großes gelitten und wenn uns die englische als Muster hingestellt wird, so muß doch gesagt werden, daß es auch drüben Verleumdungen und Klagen über mangelnde Kontrolle gibt. Sollte sich im Falle Daimler ergeben, daß nicht nur eine Ausnutzung der Konjunktur, sondern auch der Notlage des Vaterlandes vorliegt, so wird die Verurteilung allgemein sein. Im Falle Daimler sind schwere Beschuldigungen erhoben worden, die nicht begründet sind. Der Abgeordnete Roske hat von der Schlange des Privatkapitalismus und den deutschen Maschinenfabriken des Kapitalismus gesprochen. Das ist dankenswert, denn es zeigt, daß die Sozialdemokratie noch immer an ihrem Programm der Entkapitalisierung festhält.

Abg. Mumm (Dsch. Frakt.): Es ist kein Wunder, daß in diesem Kriege neben dem Selbstgefühl sich auch der Gählergeist zeigt, jener Gählergeist, der seitens der Reichsregierung ihr Vermögen brachte. Auch diese Mängel sind durch mangelhafte Vorbereitung verursacht. Als in den ersten Kriegstagen der damalige Kriegsminister ins Große Hauptquartier reiste und die meisten seiner Untergebenen folgten, traten vielfach ungeeignete Männer an deren Stelle, um Vorder- und Hintertreppen drängte sich die Menge, um alles mögliche anzubieten. So wurde es a. D. möglich, daß ein Berliner Varietédirektor ein halbes Duzend Kriegslieferungsfirmen zu gründen vermochte.

Abg. Henke (L. S.): Die Heeresverwaltung hat gegenüber der Rüstungsindustrie eine wahre Kommissarrolle an den Tag gelegt. Nicht nur die Daimler-Werke stehen unter Anklage, sondern auch die Verwaltung, die sich glücklich hat täuschen lassen. Mit Produktionsminderung soll auch die Gewerbe- und Industrie in Oberdorf gedroht haben. Gegen die Arbeiter in den militärischen Betrieben zieht man ganz andere Saiten auf, und da mag man noch das Lob des Kapitalismus singen, der die augenblickliche Notlage in schamloser Weise ausbeutet. Es handelt sich nicht um Einzelfälle, sondern um das ganze kapitalistische System. In Anbetracht solcher Erscheinungen haben die Arbeiter durchaus das Recht, die Arbeit zu verweigern. (Lärm, Lachen bei der Mehrheit, lebhafter Beifall bei den L. S.)

General Schuch: Es ist nicht wahr, daß die Gewerkschaften in Oberdorf mit der Produktionsminderung gedroht hat. Wenn Herr Henke am Schluss seiner Rede mit den Streik gedroht hat, wird er uns auf dem Posten finden, wo bisher. (Beifall bei der Mehrheit.)

Im Verlauf der weiteren Aussprache behauptete Abg. Roske (Soz.) unter anderem, die Senjur versuche jedoch einen neuen großen Skandal zu verwickeln: die Strafverfolgung der Mannesmann-Werke und anderer rheinischer Werke wegen Steuerhinterziehung und Bestechung von Heeresangehörigen.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Hausmann (Sp.) wird die Entschließung des Ausschusses angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 8 Uhr.

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

Die 8. Anleihe darf nicht zurückbleiben!

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitsplan des Reichstags.

Vor der Vollziehung des Reichstags steht der Arbeitsplan eine Stellung ab, in der er sich über den Arbeitsplan der nächsten Zeit schlüssig macht. Der Freitag dieser Woche ist für die Sitzungen an den übrigen Tagen der Reichstag erst nachmittags beginnen, ebenso am kommenden Montag, damit den Ausschüssen Zeit zur Beratung der dem Reichstag eingehenden Steuervorlagen verbleibt. Die Verhandlungen über die Steuervorlagen in der Vollziehung sollen am nächsten Dienstag ihren Anfang nehmen. Bis dahin sollen alle kleineren Haushaltspläne in zweiter Lesung erledigt werden. Über die Dauer des diesmaligen Tagungsabschnitts kann noch nichts Bestimmtes gesagt werden. Mit einer Erhöhung der Arbeiten vor Beginn ist auf keinen Fall zu rechnen; wahrscheinlich wird der Reichstag bis weit in den Sommer hinein tagen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Der Hauptauschuss des Reichstages behandelt Dienstag den Haushaltsplan der Reichsmarineverwaltung. Eine Anzahl neuer Stellen werden gefordert. Ein Antrag, von Abgeordneten verschiedener Parteien unterzeichnet, wünscht Einführung von Beamtenauschüssen in den Betrieben der kaiserlichen Marine. Staatssekretär v. Capelle begründet die Notwendigkeit der neuen Stellen und äußert lebhaftes Bedenken gegen die geforderten Beamtenauschüsse, sagt jedoch wohlwollend die Berücksichtigung der Kriegsinvaliden bei Stellenbesetzungen zu. Nachdem noch eine Anzahl von Einzelheiten besprochen waren, wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Österreich-Ungarn.

* Wiener Blätter erfahren von unterrichteter Seite: Graf Czernin hat in die Urchrift des Briefes Kaiser Karls an den Prinzen Sigis von Parma Einsicht genommen. Die Urchrift steht vollständig im Einklang mit der über den Kaiserbrief veröffentlichten Rundmachung des k. u. k. Ministeriums des Äußeren vom 12. April. In diesem Schriftstück ist weder ein Auftrag an den Prinzen Sigis enthalten, den Brief Kaiser Karls irgend jemand mitzuteilen, noch steht ein Wort über Belgien darin. Der mit Elsch-Vothringen bezügliche Satz steht vollständig mit der vom Ministerium des Äußeren veröffentlichten Fassung.

Spanien.

* Die Auseinandersetzung über die spanischen Ansprüche auf Gibraltar und Tanger hat im ganzen Lande wieder lebhaft eingelegt. Das von der Köln. Ztg. für die Friedenskonferenz in Aussicht gestellte Eintreten Deutschlands zugunsten dieser Ansprüche wird von der deutschen Handelspresse eingehend besprochen und recht günstig aufgenommen, während die gegnerischen Blätter, darunter vor allem „Diario Universal“, das Organ Romanones Einspruch erheben.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 16. April. Der Reichskanzler, der am 1. d. M. eine Erholungsreise angetreten hat, wird erst Mitte nächster Woche nach Berlin zurückkehren.

Berlin, 16. April. Legationsrat Dr. Niezler, der unter Herrn v. Bethmann Hollweg der Reichskanzlei angehörte, soll nie ein hiesiges Blatt berichtet, der deutschen Botschaft in Moskau als Votschaftsrat ausgeteilt werden. Er dürfte sich schon in den nächsten Tagen nach Moskau begeben.

Berlin, 16. April. Der bisherige Leiter des Pressebüros beim Reichswirtschaftsamt, Dr. Koehler, ist aus dem Reichswirtschaftsamt ausgeschieden, um die Leitung der Geschäftsführung des Bundesbundes zu übernehmen.

Budapest, 16. April. Die hier verbreiteten Gerüchte vom bevorstehenden Rücktritt des Rabinets Wekerle sind unzutreffend.

Amsterdam, 16. April. Die Aufrührerbewegung in Kanada ist weiter im Wachsen. Alle militärisch tüchtigen Leute werden eingezogen.

Amsterdam, 16. April. Das niederländische Arbeiter-Metariat hat beschlossen, Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen für einen allgemeinen Streik zur Erlangung einer besseren Lebensmittelerzeugung.

Amsterdam, 16. April. Nach einem „Times“-Bericht ist der Vorsitzende der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten, Senator Stone, gestorben.

Stockholm, 16. April. Die „Rationalisten“ melden, haben zwischen der Ukraine und Schweden Unterhandlungen über Austausch von Getreide gegen schwedische landwirtschaftliche Maschinen statt.

Bern, 16. April. Die Schweizerische Notstandskommission hat sich für ein Viehhandelsmonopol und für die Einführung der Fleischkarte aus.

Bern, 16. April. In der französischen Kammer wurde eine Regierungsvorlage angenommen, wonach der Verkauf von Papier und Druckmaterial fernerhin eingeschränkt werden muß.

Petersburg, 16. April. Die Bergarbeiter des Kaukasus haben sich gegen die Bolschewiki-Regierung erhoben, da es bereits zu erbitterten Kämpfen zwischen beiden Parteien gekommen.

Mit vereinter Kraft.

Sicherung der Versorgung durch Landwirtschaft und Handel.

Die amtlichen Handelsvertretungen haben sich dieser Tage durch ihre Vereinigung, den Deutschen Handelstag, in einem Schreiben an die Bundesregierungen zur praktischen Mitarbeit an der genossenschaftlichen Erfassung der Nahrungsmittel bereit erklärt. Für die Ermittlung der zur Beteiligung an den Geschäftsstellen der Kommunalverbände berechtigten und geeigneten Firmen sollen den zuständigen Behörden die amtlichen Handelsvertretungen zur Verfügung stehen. Der Handelstag schlägt vor, die beteiligten Firmen nach Geschäftszweigen oder größeren Verwaltungsbezirken zusammenzuschließen und die Geschäftsstellen zu unmittelbaren Beauftragten der Kommunalverbände zu bestellen. Zur Durchführung ihrer Aufgaben sollen sich die Geschäftsstellen der Mitwirkung von Unter-

kommissionären bedienen. Zur Deckung der Unkosten soll eine Vermittlungsgebühr erhoben und die größere Verdienstmöglichkeit in den Unterkommisionären eingeräumt werden, um der Betätigung des einzelnen Aufkäuferes auch weiterhin einen ausreichenden Ansporn zu geben. Der Deutsche Handelstag verlangt weiter, daß den Geschäftsstellen auch die Verteilung der von ihnen erhaltenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf die Bedarfsstellen des Kommunalverbandes übertragen werde.

Als die Vorschläge des Kriegs-Ausschusses der deutschen Landwirtschaft in der Öffentlichkeit bekannt wurden, standen zahlreiche Verbände des Handels dem Vorgehen der Landwirtschaft ziemlich ablehnend gegenüber. Es wurde vernommen, sich wie die Landwirtschaft sofort zur praktischen Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Nunmehr hat der Handel Gegenvorschläge in gleicher Richtung gemacht. Diese Vorschläge sind vielleicht einseitig, aber es ist immerhin eine Grundlage für eine Verständigung mit der Landwirtschaft vorhanden. Es ist zu hoffen, daß auch eine Einigung für ein zweckvolles Zusammenarbeiten erzielt werden wird.

Eine Einigung mit den landwirtschaftlichen Körperschaften muß vor allem nach der Richtung hin angestrebt werden, damit das Prinzip der neuen Aufbringungsart, welches die Träger der Erzeugung auch zu den Trägern der Erfassung der Produktion machen will, nicht umgehoben wird. Der Deutsche Handelstag stellt seine eigenen Organisationen in den Vordergrund und läßt die landwirtschaftlichen Genossenschaften gewissermaßen als eine Unterorganisation des Handels auf, die von der Mitarbeit nicht ausgeschlossen werden sollen. Wenn man es nach den Erfahrungen der Kriegswirtschaft auch verstehen kann, daß der Handel sich in den Geschäftsstellen der Kommunalverbände ein möglichst weites Feld der Betätigung zu sichern versucht, so sollten die landwirtschaftlichen Genossenschaften doch in den Hintergrund gedrängt werden. Der Handelstag fordert, daß nur die Handelsformen (zu denen auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften zählen), für die Bildung der Geschäftsstellen herangezogen werden sollen, die bereits vor dem 1. August 1914 den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in unmittelbarem Verkehr mit den Erzeugern des Kommunalverbandes betrieben haben. Da während des Krieges die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften eine größere Vermehrung erfahren hat als die der privaten Handelsfirmen, würde die Durchführung einer solchen Forderung die Ausschaltung der nach dem 1. August 1914 entstandenen landwirtschaftlichen Genossenschaften bedeuten, und somit dem Sinn der Richtlinien des Kriegsernährungsamtes direkt entgegenlaufen. Das Kriegsernährungsamt hatte im Interesse einer möglichst reiblosen Erfassung der Nahrungsmittel die Heranziehung aller landwirtschaftlichen Genossenschaften gewünscht, weil das Erfassungssystem gerade auf dem Vertrauen und der Kontrolle von Landwirt zu Landwirt aufgebaut sein sollte; der private Handel aber will einen Teil der schon bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften ausschließen und die Bildung neuer Genossenschaften gänzlich verhindern. Das würde ein Zusammenarbeiten von Landwirtschaft und Handel nicht begünstigen, noch das Gelingen des Erfassungsgeschäftes gewährleisten.

Es darf deshalb wohl erwartet werden, daß die amtlichen Handelsvertretungen die Grundlage für die Wirt-schaft des Handels einer Nachprüfung unterziehen, damit eine gleichberechtigte Vertretung von Landwirtschaft und Handel in den Geschäftsstellen der Kommunalverbände nicht erschwert und ein gezieltes Zusammenwirken der beiden Kräfte ermöglicht wird.

Prinz Sigis von Parma.

Ein verschwundener Kronzeuge.

Bis zu den Enthüllungen Clemenceaus, den Brief Kaiser Karls an seinen Schwager betreffend, war Prinz Sigis von Parma, der 1896 geborene Bruder der Kaiserin von Österreich, in weitester Kreise unbekannt. Er ist jetzt angeblich nicht auffindbar. Wenigstens behauptet das Pariser „Petit Journal“, daß Prinz Sigis seit Anfang März nicht mehr auf französischem und englischem Boden weile, was es der französischen Regierung unmöglich mache den Prinzen um Vorlegung des Originalbriefes des Kaisers anzusuchen. Auch im belgischen Roten Kreuz ist der jetzige Aufenthaltsort des Prinzen unbekannt. Da der Zeugniss „unbekannt wohin“ vorzogen ist, hat es Clemenceau leicht anzunehmen, seine Regierung werde, falls erforderlich, neue Dokumente aus dem „Passifal Prinz Parma“ veröffentlichen. ... Andere Pariser Blätter melden in dessen schon vor einigen Wochen, daß Prinz Sigis mit seinem Bruder Kaiser in Marokko weile, wo er bei der belgischen Kongotruppen, die dort verwendet werden Dienst tut. Trifft diese Nachricht zu, so ist Clemenceau immerhin vor der Zeugnisschaft des Prinzen sicher und kann ungehindert weiter „enthüllen“.



Prinz Sigis von Parma

lich, neue Dokumente aus dem „Passifal Prinz Parma“ veröffentlichen. ... Andere Pariser Blätter melden in dessen schon vor einigen Wochen, daß Prinz Sigis mit seinem Bruder Kaiser in Marokko weile, wo er bei der belgischen Kongotruppen, die dort verwendet werden Dienst tut. Trifft diese Nachricht zu, so ist Clemenceau immerhin vor der Zeugnisschaft des Prinzen sicher und kann ungehindert weiter „enthüllen“.

Aus Reich und Fern.

Dorborn, den 17. April 1918.

* Das Eisene Kreuz 2. Klasse erhielt Sergeant Mich. Arnt (Schwiegersohn des Herrn Jos. Gries).

* Der Bezirksausschuß in Wiesbaden hat beschlossen, hinsichtlich des Anfangs der Schonzeit für Birk-, Hasel- und Fasanenhähne sowie des Schlusses der Schonzeit für Rebhühner

es für das Jahr 1918 bei den gesetzlichen Zeitpunkten zu belassen. Rebhühner dürfen daher im Regierungsbezirk Wiesbaden vom 16. Mai ab geschossen werden.

* Die Annahmestelle des Postamts wird am 18. bis mittags 1 Uhr zur Entgegennahme von Zeichnungen auf die 8. Kriegsanleihe geöffnet sein.

* Invaliden- oder Krankenrentenempfänger dürfen jede Arbeit — Lohnarbeit und Arbeit im eigenen Betriebe — verrichten und hieraus Einnahmen in unbefränkter Höhe erzielen. Dies gilt nicht nur während der jetzigen Kriegszeit, sondern auch später und galt für Zeiten vor dem Kriege. Der oft verbreitete Glaube, Rentenempfänger dürften überhaupt keine Lohnarbeiten, oder solche nur in geringem Umfange ausführen, ist absolut irrig und kann im Interesse der Rentenempfänger nicht streng genug verurteilt werden, da hierdurch die diesem verbliebene Arbeitskraft und Arbeitslust gehemmt und allmählich ganz getötet wird, so daß er trotz jahrelanger Schonung seine Erwerbsfähigkeit niemals wiedererlangt. Letztere bietet ihm aber eine weit größere Einnahme als die Invaliden- oder Krankenrente. Die Verrichtung von Lohnarbeiten und die Einnahmen hieraus führen auch keineswegs ohne weiteres zur Rentenentziehung, sondern bilden lediglich einen Anhalt bei denselben. Maßgebend für die Rentenentziehung ist allein der Eintritt einer wesentlichen Besserung in dem Krankheitszustand des Rentenempfängers. Während des jetzigen Krieges werden die gezahlten hohen Löhne unter Berücksichtigung der teuren Zeiten bewertet.

* Gänsehochpreise für 1918. Die Festsetzung der Gänsehochpreise für das Jahr 1918 wird sich voraussichtlich nicht wesentlich von der vorjährigen Regelung unterscheiden. Die Käufer von Gänseieren und Gänseküken werden daher bei ihrer Preiszahlung auf die festgesetzten Preise für lebende und geschlachtete Gänse Rücksicht nehmen müssen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, beim späteren Verkauf der Gänse erhebliche Nachteile zu erleiden.

Frankfurt a. M. Der württembergische Generalkonful und langjährige Direktor der Mitteldeutschen Kreditbank, Arthur F. Siebert, ist einem Schlaganfall erlegen. Mit ihm scheidet eine Persönlichkeit aus dem Leben, die in der hiesigen Handelswelt und der Gesellschaft eine der ersten Rollen spielte und ob ihrer ausgezeichneten Charaktereigenschaften sich hoher Wertschätzung in allen Bevölkerungsschichten erfreute. Der Verstorbene hat ein Alter von 58 Jahren erreicht.

— Oberstadtssekretär Karl Klaas hat sich erschossen. In einem hinterlassenen Briefe teilte er seiner Behörde mit, daß er besüchete, geistesgestört zu werden. Der Grund zum Selbstmord dürfte jedoch in einem Ermittlungsverfahren zu erblicken sein, das gegen mehrere städtische Beamte, darunter auch Klaas, wegen Unterschlagung anhängig gemacht worden ist.

— Aus einer Villa an der Mainzer Landstraße wurden japanische und chinesische Eisenwaren im Werte von etwa 6000 Mark gestohlen.

— Vom 20. April ab werden die Preise für Milch und Milchmischungen aus der städtischen Milchleiche nach dem Einkommen abgestuft. Es kostet das Liter Milch bei Einkommen unter 2400 Mark 44 Pfg., von 2400—4200 Mk. 52 Pfg., über 4200 bis 6000 Mk. 72 Pfg., über 6000 Mk. 1 Mark. — Die Stadt hat bei Landwirten bis jetzt 1487 Kühe mit einem Anschaffungswert von 2516 120 Mk. eingestellt. Da sich diese Einstellwirtschaft nicht bewährt hat, sollen 750 Kühe verkauft werden. Der durchschnittliche Verlust bei jeder Kuh beträgt den Mittelungen des Finanzausschusses zufolge 900 Mk., zusammen 675 000 Mk. Dagegen sollen Landwirte, die sich als tüchtig bei dieser Einstellwirtschaft bewährten, mit besonderen Prämien bedacht werden. Insgesamt werden für diese Zwecke 987 500 Mk. in die städtischen Ausgaben eingestellt.

Friedberg. Bei einem Einbruch in das Warenhaus von Geschwister Maher, Bahnhofstraße 13, fielen den Dieben Seidenwaren im Werte von mehr als 20 000 Mark in die Hände. Das Diebsgut haben die Einbrecher in Koffern, die sie gleichfalls im Geschäft stahlen, fortgeschleppt. Einen gefüllten Koffer mußte die Bande, da er für Fortschaffung zu schwer war, stehen lassen.

Darmstadt. Die Versteigerung und Verkäufe der militärischerseits wegen Untauglichkeit ausgeschiedenen Beutepferde, die für den Bereich unseres Armekorps der hessischen Landwirtschaftskammer übertragen worden waren, gaben dem im Januar verhafteten, nicht unermüdenden Landwirt A. Mittel-dorf von hier Gelegenheit zu umfangreichen Beträgen aller Art. Mitteldorf hat es, ohne irgend welche amtliche oder dienstliche Beziehungen — er war nur als Abschäfer verwendet worden — verstanden, bei diesen Pferdeverkäufen sich einen Einfluß zu verschaffen, daß kaum Pferde ohne seine Vermittlung zu haben waren. Dies hat er denn auch in ausgiebiger Weise zu seinem Vorteil ausgenutzt. Er hat den Landwirten in unberechtigter Weise meist ganz namhafte höhere Beträge abgenommen, als eigentlich an die Landwirtschaftskammer zu zahlen waren. Den Ueberschuß, zu welchem meist noch ein ganz anständiges Trinkgeld kam, hat er eingestekt. Aus den

Schluss der Zeichnung auf Donnerstag 12 Uhr

Kriegsanleihe:

weiteren Ermittlungen geht hervor, daß viele Pferde, die der Landwirtschaftskammer überwiesen wurden, bis jetzt überhaupt nicht verrechnet worden sind. Bei dem umfangreichen Pferdeumsatz dürften die unterschlagenen Summen mehrere hunderttausend Mark betragen. Die Betrügereien wurden dadurch erleichtert, daß die meisten Pferdebesitzer keine Originalquittung über die von ihnen gezahlten Beträge erhielten. Zur Förderung der schwebenden Untersuchung dürfte es sehr beitragen, wenn alle diejenigen Pferdebesitzer, welche überhaupt keine Quittung von der Landwirtschaftskammer, oder eine solche von Mitteldorf in der Hand haben, sich beim Untersuchungsrichter beim Postamt in Darmstadt oder einer Gendarmeriestation melden, damit ihre eventuellen Ansprüche geprüft werden können.

Attendorf. Der Wehrmann Johann Klein in Rauterkusen sollte nach amtlicher Nachricht im September 1918 gefallen sein. Jetzt ist es ihm gelungen, mit 15 Kameraden aus der russischen Gefangenschaft zu entfliehen und er ist in seine Heimat zurückgekehrt, mit großem Jubel empfangen, zumal keiner seiner zahlreichen Briefe aus der Gefangenschaft ihr Ziel erreichten.

Lich. Der an der Westfront gefallene Erbprinz Philipp von Solms-Hohensolms-Lich war der einzige Sohn seiner Eltern, die neben ihm noch drei Töchter besitzen. Der Verstorbene besuchte bis zu seinem freiwilligen Eintritt in das Heer, August 1914, das Gymnasium zu Wehlar und legte auch hier die Prüfung als Kriegssabiturient ab.

Königsberg. Bei der von der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer in Königsberg veranstalteten Auktion edler ostpreussischer Pferde wurde ein Durchschnittspreis von 4140 Mark erzielt mit neuen Rekordpreisen: die Gutsbesitzer Böttcher, Joneiten und Aröhrner. Tramischken verkauften jeder eine dreijährige Stute für 8900 Mark; 8100 Mark wurden für eine vierjährige Stute des Gutsbesizers Spangehl-Lyszeiten gezahlt.

Wiesbaden. Der Sergeant Heidt, der am Freitagabend die Frau Boye hier in der Reichstraße niedergeschossen hat, hat sich im Militärgefängnis mittels seiner Hofenträger erhängt.

Schönberg (Kr. Bensheim). Die Fürstin Marie zu Erbach-Schönberg läßt dem verstorbenen Dichter und Waldpfarrer Karl Ernst Knodt in den Bensheimer Anlagen und in des Dichters „Waldecke“ in Ober-Mödingen Denkmäler nach Entwürfen von Professor Wegendorf-Darmstadt errichten.

Letzte Nachrichten.

Der neueste deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro, Amtlich.)
17. April. 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem blutgedrängten Kampffeld der vorjährigen Flandernschlacht besetzte die Armee des Generals Sigt v. Armin Paschendaere und schob auch bei Becelaere und Ghelubelt ihre Linien vor.

Nördlich von der Ys erstürmten die Truppen des Generals Sieger in den frühen Morgenstunden das Dorf Witschaete, warfen den Feind, trotz heftiger Gegenwehr von den Höhen nordwestlich und westlich vom Orte und wiesen starke Gegenangriffe ab. Den südwestlich von Wulverghem in rückwärtige Linien ausweichenden Gegner drängten wir über den Dubebach zurück. Bailloul und die zäh verteidigten Stützpunkte Cappelynde, nördlich von Bailloul und Meteren wurden genommen. Mit starkem Kräfteinsatz versuchte der Engländer, gestützt durch Franzosen, vergeblich Meteren und das verlorene Gelände beiderseits von Morris zurückzuerobern. Seine Angriffe brachen unter schwersten Verlusten zusammen.

Auf dem Schlachtfeld zu beiden Seiten der Somme entspannen sich heftige Feuerkämpfe, die auch während der Nacht, namentlich südlich von der Somme, anhielten.

Mazedonischen Front.

In Vorfeldkämpfen in der Strumaebene nahmen bulgarische Stoßtruppen 155 Engländer und einige Griechen gefangen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Nachfolger Czernins.

Wien, 17. April. (Zl.) Seine Kaiserliche und Königl. Apostolische Majestät hat den gemeinsamen Finanzminister Baron Stephan Burian zum Minister des k. u. k. Hauses und des Äußern ernannt.

Graf Tisza hat abgelehnt.

Wien, 17. April. (Zl.) Graf Tisza hat das ihm gebotene Amt des Ministers des Äußern abgelehnt.

Die Balkankommission in Berlin.

Berlin, 17. April. (Zl.) Die Abordnung der vereinigten Landesräte von Estland, Lita und Defel ist gestern in Berlin eingetroffen. Wie der „Volkswagen“ hört, wird die Abordnung vom Reichsfanzler nach dessen Rückkehr aus dem Hauptquartier empfangen werden und ihm bei dieser Gelegenheit die bekannten Wünsche ihrer Heimat nach einem engeren Anschluß an das Deutsche Reich aussprechen.

Englisches Zugeländnis.

Haag, 17. April. (Zl.) „Daily News“ berichten: Es sei kein Zweifel mehr darüber, daß die Deutschen die seit zwei Jahren mit allen Hilfsmitteln der Befestigungskunst angelegten Stellungen der englischen Armee in der Hauptfrage durchbrochen hätten. Man habe dieses vergangene Winter nicht für möglich gehalten. Alle in fieberhafter Eile angelegten Befestigungen, wobei man die englischen Arbeiter-Bataillone und Pionier-Truppen durch 25 000 chinesische Hilfsarbeiter verstärkt habe, hätten den deutschen Durchbruch nicht verhindern können. Das Schlimmste sei, daß die Deutschen noch jeden Tag mit unverminderter Kraft gegen die Reste der britischen Mauer anrennen, von der jeden Tag ein mehr oder weniger großes Stück in Trümmer falle.

Rußland.

Genf, 17. April. (Zl.) Unter Vorbehalt meldet der Petersburger Korrespondent des „Petit Parisien“: Sinowiew verhandle als Vertreter des Petersburger Sobjet in Moskau über die Trennung Petersburgs von Moskau und die Bildung einer neuen Nordrussischen Republik aus dem Gouvernement nördlich der Wolga und Cana mit Petersburg als Hauptstadt. Eine andere Depeche schildert die innere Lage Rußlands als entsetzlich, die Arbeit stehe überall still.

Die Besetzung von Wladivostok und ihre Folge.

Rotterdam, 17. April. (Zl.) Im Unterhause fragte Lord Smith ob die Regierung versichern könne, daß die englischen und japanischen Truppen aus Wladivostok zurückgezogen werden sollen, sobald die Ordnung dort wiederhergestellt sei. Cecil antwortete, Versicherung zu verlangen sei lächerlich. Darauf wollte Smith wissen, ob Lord Cecil eine solche Versicherung wenigstens für die englischen Truppen abgeben könnte, jedoch Cecil lehnte jede weitere Antwort ab.

Zum Kaiserbrief.

Lugano, 17. April. (Zl.) In römischen politischen Kreisen ist man der „Stampa“ zufolge, allgemein der Ansicht, der Brief sei von Kaiser Karl im Einverständnis mit dem deutschen Kaiser geschrieben worden, um Frankreich und seine Bundesgenossen zum Eintritt in Friedensverhandlungen zu bestimmen. Oesterreich hätte den besonderen Zweck verfolgt, Frankreich von Italien zu lösen, darum seien die Ansprüche Italiens mit keinem Worte erwähnt. Als Ribot vertraglich in Wien Garantien forderte, sei die Sache gescheitert. — Poincare habe den Brief am 1. April 1917 erhalten, am 19. habe ihn Ribot im St. Jean-de-Maurienn Boselli, Sonnino und Lloyd George mitgeteilt. — Manche Leute behaupten sogar, daß die Friedensnote des Papstes mit dem Briefe Kaiser Karls im Zusammenhang stehe.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Anzeigen.

Königl. Oberförsterei Herborn.

Montag, den 22. April kommen in der **Beruhammerschen Wirtschaft zu Bicken** von 9 Uhr vormittags an zum Angebot:

Aus dem Schupberg Bicken: Dist. 54 Fackeboden, Dist. 62, 68 Hörterkopf, 67 Amelsseite, 72 Fuhrmannseite, 76 Offenbacher Tannen: **Eichen:** 47 Am. Schell u. Knüppel, 20 Am. Reiser 3: 1. **Buchen:** 600 Am. Schell u. Knüppel, 7 Hdt. Weilen, 800 Am. Reiser 1: u. 3: 1.

Weichholz: 9 Am. Schell u. Knüppel, **Nadelholz:** 60 Hdt. Reiserhengen 4:—6: 1, 2: Am Schell u. Knüppel Schupberg Sinn: Einige Lose Buchen- und Eichenstämme. Das mit X versehene Holz kommt nicht zum Angebot.

Achte Kriegsanleihe.

5% Deutsche Reichsanleihe.

4 1/2 % Deutsche Reichsschatzanweisungen,
auslosbar mit 110%—120%

Zeichnungen nehmen gebührenfrei bis **Donnerstag, den 18. April, nachmittags 1 Uhr** entgegen

Bank für Handel und Industrie
(Darmstädter Bank). **Herborn** Agentur Herborn.

Fernruf Nr. 45.

Reichsbank-Girokonto.

Postscheckkonto
Frankfurt a. M. Nr. 7795

Während der Zeichnungsdauer bleiben unsere Schalter auch

nachmittags von 2—5 Uhr,

jedoch nur zur Entgegennahme von Zeichnungen und Einzahlungen auf die Kriegsanleihe geöffnet.

Bekanntmachung.

In das hiesige Genossenschaftsregister ist bei dem landwirtschaftlichen Konsum-Verein zu Mademühlen, eingetragene Genossenschaft mit unbeschr. Haftung, eingetragen worden:

Die **Berufung der Generalversammlung** mit einer Frist von mindestens einer Woche den Genossen in ordnungsgemäßer Weise durch die Ortschelle bekannt gemacht werden.

Als Bekanntmachungsorgan der Genossenschaft wird das „Rassauische Genossenschaftsblatt“ zu Wiesbaden bestimmt. Bei etwaigem Eingehen dieses Blattes tritt der „Deutsche Reichsanzeiger“ zunächst an dessen Stelle.

Herborn, den 5. April 1918.

Königliches Amtsgericht.

Gießener Pädagogium.

Höhere Privatschule für alle Schularten. Septa—Oberprima. Einjährig-, Primar-, Abiturienten-Prüfung. Individueller Unterricht. Kleine Klassen. Arbeitsstunden. **Schülerheim** in etwa 25 000 qm Park. Gute Verpflegung. Charakterbildung durch Arbeit und Pflichten. **Gießen a. d. Lahn, Wilhelmstr. 16, Nähe Universität, Fernr. 2075.** Beste Erfolge. **Direktor Brademann.**

Hilfsdienstmeldestelle Herborn

und Städtischer Arbeitsnachweis

Kaiserstraße 28

mittelt männliche und weibliche Arbeitskräfte aller Art.

Dienstdauern: 8—12 Uhr vorm.
3—7 Uhr nachm.

Lehrlinge

gegen entsprechende Vergütung gesucht.

Druckerei des „Herborner Tageblatt“

Schlosser

suchen

Gebr. Achenbach,
Weidenau-Sieg.

Tüchtiges ordentliches Mädchen

gesucht.

Frau Heinrich Siml,
Siegen, Frankfurterstraße

Blusen
Röcke
Mäntel

Jackenkleider
in großer Auswahl.

Anstaltshaus
Louis Lehr.

Junger billigeres

Buchhalter

und flatter Korrespondent mit Einfuhr-Berechtigung, aber dauernd kriegsunbrauchbar, sucht **Stellung in Herborn oder Umgegend.** Näheres unter **Z. 1221** durch die Geschäftsstelle ds. Bl.

6—8 Jtr. Grummel

zu kaufen gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl.